

21.10.2020

Deutsche Elektroexporte weiterhin rückläufig

Im August sanken die Ausfuhren im Vorjahresvergleich um 7,7 Prozent

(ZVEI) - Die Exporte der deutschen Elektroindustrie gaben im August um 7,7 Prozent gegenüber Vorjahr auf 15,4 Milliarden Euro nach. „Dieser jüngste Rückgang fiel höher aus als in den beiden vorangegangenen Monaten, was allerdings auch damit zusammenhängen dürfte, dass die Betriebsferien in diesem Jahr vielfach in den August verschoben worden sind“, so die Einschätzung von ZVEI-Chefvolkswirt Dr. Andreas Gontermann. Mit 129,8 Milliarden Euro lagen die aggregierten Branchenausfuhren im Zeitraum von Januar bis August 8,3 Prozent unter ihrem entsprechenden Vorjahreswert.

Die Importe elektrotechnischer und elektronischer Erzeugnisse nach Deutschland mussten im August deutlich weniger Federn lassen: Sie blieben nur um 1,6 Prozent hinter Vorjahr zurück. In den ersten acht Monaten dieses Jahres beliefen sie sich auf 120,5 Milliarden Euro – ein Minus von 5,5 Prozent gegenüber dem gleichen Zeitraum 2019.

Die Exporte der deutschen Elektroindustrie in die Eurozone sanken im August um 3,7 Prozent gegenüber Vorjahr auf 4,5 Milliarden Euro. Deutliche Rückgänge gab es im Geschäft mit Belgien (- 9,9% auf 351 Mio. €), Frankreich (- 9,3% auf 849 Mio. €) und den Niederlanden (- 7,6% auf 722 Mio. €). Etwas weniger stark nahmen die Ausfuhren nach Slowenien (- 5,7% auf 55 Mio. €), Finnland (- 4,1% auf 146 Mio. €), Österreich (- 3,4% auf 667 Mio. €) und Italien (- 0,6% auf 577 Mio. €) ab. Einen kräftigen Zuwachs konnten dagegen die Lieferungen in die Slowakei verzeichnen (+ 12,9% auf 216 Mio. €). Auch die Exporte nach Spanien (+ 4,9% auf 460 Mio. €) und Portugal (+ 4,1% auf 142 Mio. €) legten zu.

Lesen Sie den vollständigen Artikel beim [ZVEI](#)

Alle Rechte vorbehalten. Nachdruck – auch teilweise – nur mit vorheriger ausdrücklicher Genehmigung. Trotz größtmöglicher Sorgfalt keine Haftung für den Inhalt.

© 2022 IXPOS

Gefördert vom Bundesministerium für Wirtschaft und Energie aufgrund eines Beschlusses des Deutschen Bundestages.